

Fragen

für die Fragestunde der 245. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 12. Juni 2013

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Becker, Dirk (SPD)	6, 7	Hiller-Ohm, Gabriele (SPD)	71, 72
Behm, Cornelia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	73, 74	Dr. Höll, Barbara (DIE LINKE.)	68, 69
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	99, 100	Dr. Hofreiter, Anton (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65, 92
Birkwald, Matthias W. (DIE LINKE.)	58	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	45, 46
Bollmann, Gerd (SPD)	12, 13	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	54
Brase, Willi (SPD)	28, 29	Kaczmarek, Oliver (SPD)	26, 27
Brugger, Agnes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	88, 89	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	82, 83
Buchholz, Christine (DIE LINKE.)	61, 62	Kilic, Memet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	.. 49
Bülow, Marco (SPD)	16, 17	Koenigs, Tom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85
Burchardt, Ulla (SPD)	32, 33	Kolbe, Manfred (CDU/CSU)	63, 64
Cramon-Taubadel, Viola von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	86, 87	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 2
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	51, 91	Krestel, Holger (FDP)	4, 5
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	76, 77	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 43
Dr. Enkelmann, Dagmar (DIE LINKE.)	57	Kühn, Stephan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	93, 94
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	59, 60
Gehreke, Wolfgang (DIE LINKE.)	50	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	78, 79
Gerdes, Michael (SPD)	24, 25	Dr. Miersch, Matthias (SPD)	10, 11
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	55, 56	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81
Hagemann, Klaus (SPD)	40, 41	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75
Herlitzius, Bettina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23		
Herzog, Gustav (SPD)	96, 97		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Dr. Ott, Hermann E. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Steinbach, Erika (CDU/CSU)	47, 48
Pothmer, Brigitte (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	44, 90
Röspel, René (SPD)	34, 35	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	66, 67
Schieder, Marianne (Schwandorf) (SPD)	36, 37	Vogt, Ute (SPD)	8, 9
Schulz, Swen (Spandau) (SPD)	30, 31	Dr. Wilms, Valerie (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	98
Schwarzelühr-Sutter, Rita (SPD)	3, 95	Wolff, Waltraud (Wolmirstedt) (SPD)	14, 15
Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.)	52, 53	Zimmermann, Sabine (DIE LINKE.)	38, 39

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	19
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	20
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	22
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	25

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

1. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Für wann ist die Abgabe der in der Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 3 (Plenarprotokoll 17/242, Anlage 4) genannten Überarbeitung der Stellungnahme der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) mbH vereinbart bzw. zu erwarten (bitte möglichst genaues Datum angeben; falls nicht möglich, bitte hilfsweise Kalenderwoche oder notfalls zumindest grob geschätzte Angabe), und welche „Prüfaufgaben für alle Beteiligten“ wurden ganz konkret bei dem in der Antwort genannten Gespräch am 24. und 25. Januar 2013 vereinbart (bitte Angabe der Aufgaben im Wortlaut und möglichst mit Zeitplan)?
2. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann genau (Kalenderdatum bitte) gab es seit April 2013 bis dato Treffen, insbesondere zur Frage einer Zwischenlagerung der 26 aus Frankreich und England zurückzuführenden Behälter mit verglasten radioaktiven Wiederaufarbeitungsabfällen an anderen Zwischenlagerstandorten als Gorleben, zwischen dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und den vier großen Atomkraftwerke betreibenden Energieversorgungsunternehmen sowie eventuell deren gemeinsamer Tochterfirma GNS Gesellschaft für Nuklear-Service mbH (bitte mit Angabe der Arbeitsgruppe und BMU-Ebene), und für wann genau (Kalenderdatum bitte) sind weitere derartige Treffen geplant, insbesondere auf Spitzenebene?
3. Abgeordnete
**Rita
Schwarzelühr-
Sutter**
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass ein Staatsvertrag mit der Schweiz wegen des unmittelbar in Grenznähe geplanten Atomendlagers für hochradioaktiven Abfall notwendig ist, vor dem Hintergrund, dass die Schweiz weder die sogenannte Espoo- noch die Aarhus-Konvention unterzeichnet hat, und welche rechtliche Handhabe hat nach Auffassung der Bundesregierung die Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Schweiz?
4. Abgeordneter
**Holger
Krestel**
(FDP)

In welchem Umfang fördern die Bundesregierung und das Umweltbundesamt (UBA) jährlich Forschungsvorhaben im Bereich des Klimaschutzes, und nach welchen Kriterien werden die Forschungsgelder vergeben?

-
5. Abgeordneter
Holger Krestel
(FDP) Wie viele Mitarbeiter des UBA waren vor ihrer dortigen Tätigkeit für Klimaschutz- und Umweltorganisationen tätig, und wie viele Mitarbeiter sind neben ihrer Arbeit für das UBA für solche Organisationen tätig?
6. Abgeordneter
Dirk Becker
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zur im Vorschlag COM(2012) 595 der Europäischen Kommission enthaltenen Begrenzung der Anrechnung konventioneller Biokraftstoffe aus Nahrungsmittelpflanzen auf höchstens die Hälfte des 10-Prozent-Ausbauziels für erneuerbare Energien im Verkehrssektor?
7. Abgeordneter
Dirk Becker
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zum Vorschlag der Europäischen Kommission, Biokraftstoffe aus Rest- und Abfallstoffen durch Mehrfachanrechnung stärker zu gewichten?
8. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD) Welche Folgen erwartet die Bundesregierung durch die im Vorschlag COM(2012) 595 der Europäischen Kommission vorgesehene Mehrfachanrechnung von Biokraftstoffen aus gebrauchtem Speiseöl?
9. Abgeordnete
Ute Vogt
(SPD) Kann nach Einschätzung der Bundesregierung sichergestellt werden, dass bei der im Vorschlag COM(2012) 595 der Europäischen Kommission vorgesehenen Mehrfachanrechnung von Biokraftstoffen aus gebrauchtem Speiseöl bei der Produktion dieser Biokraftstoffe wirklich gebrauchtes Speiseöl eingesetzt wird?
10. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD) Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung im Rat der Europäischen Union in den Verhandlungen über den Vorschlag COM(2012) 595 vom 17. Oktober 2012 für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 98/70/EG über die Qualität von Otto- und Dieselmotorkraftstoffen und zur Änderung der Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen?

-
11. Abgeordneter
Dr. Matthias Miersch
(SPD)
- Wie kann aus Sicht der Bundesregierung unter Berücksichtigung der Verhandlungen über den Vorschlag COM(2012) 595 sichergestellt werden, dass 2020 der Anteil von Energie aus erneuerbaren Quellen bei allen Verkehrsträgern in der EU mindestens 10 Prozent des Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor entspricht?
12. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD)
- Welche Folgen erwartet die Bundesregierung durch die im Vorschlag COM(2012) 595 der Europäischen Kommission enthaltene stärkere Förderung von Biokraftstoffen aus Rest- und Abfallstoffen insbesondere in Bezug auf neue Nutzungskonkurrenzen?
13. Abgeordneter
Gerd Bollmann
(SPD)
- Welche Folgen erwartet die Bundesregierung durch die im Vorschlag COM(2012) 595 der Europäischen Kommission vorgesehene Mehrfachanrechnung von Biokraftstoffen aus Reststoffen der Palmölproduktion insbesondere in Bezug auf eine mögliche Ausweitung des Einsatzes und Anbaus von Produkten der Ölpalme?
14. Abgeordnete
Waltraud Wolff
(**Wolmirstedt**)
(SPD)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung zum im Vorschlag COM(2012) 595 der Europäischen Kommission enthaltenen Ansatz, die indirekten Landnutzungsänderungen in der Treibhausgasbilanz von Biokraftstoffen zu berücksichtigen und dazu einen sog. ILUC-Faktor einzuführen?
15. Abgeordnete
Waltraud Wolff
(**Wolmirstedt**)
(SPD)
- Wie steht die Bundesregierung zum Vorschlag, statt der Anwendung von ILUC-Faktoren Biokraftstoffe aus Regionen aus der Anrechnung auf die Quote auszuschließen, in denen durch Landnutzungsänderungen für den Anbau der Biomasse mehr als 35 Prozent der Treibhausgasemissionen des Einsatzes von fossilen Treibstoffen emittiert werden, und den Vorschlag COM(2012) 595 entsprechend zu ändern?
16. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD)
- Welche Rolle spielen nach Auffassung der Bundesregierung Biokraftstoffe der ersten Generation und welche Rolle aus Abfall- und Reststoffen gewonnene Biokraftstoffe der zweiten Generation bei der Erreichung des Zieles, 10 Prozent des Endenergieverbrauchs im Verkehrssektor aus erneuerbaren Energien zu erzeugen?

17. Abgeordneter
Marco Bülow
(SPD) Welche Maßnahmen sind nach Auffassung der Bundesregierung notwendig, um aus der Nutzung von Biokraftstoffen resultierende direkte und indirekte Landnutzungsänderungen zu verhindern?
18. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Setzt sich die Bundesregierung für die Erhöhung des 20-Prozent-Ausbauziels für 2020 für erneuerbare Energien in der EU-Richtlinie 2009/28/EG ein, und für welche Ausbauziele für erneuerbare Energien setzt sich die Bundesregierung für den Zeitraum bis 2030 ein?
19. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wann legt die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag den Monitoringbericht für das Jahr 2012 zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nach § 65a EEG 2012 vor, und welchen Inhalt hat der Bericht?
20. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Wie bewertet die Bundesregierung den Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und der Zunahme von Extremwetterereignissen wie z. B. Starkregenereignissen, die zu häufigeren und stärkeren Überschwemmungen führen können, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem aktuellen Hochwasser im Hinblick auf ihre aktuelle Klimapolitik, insbesondere hinsichtlich einer Reform des Emissionshandels?
21. Abgeordneter
Dr. Hermann E. Ott
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche volkswirtschaftlichen Gesamtkosten sind nach Kenntnisstand der Bundesregierung durch Extremwetterereignisse in den letzten zehn Jahren in der Bundesrepublik Deutschland insbesondere durch Starkregen- und Hochwasserereignisse entstanden (bitte Zahlen möglichst nach Ereignissen aufgeschlüsselt angeben), und inwieweit kommt die Bundesregierung angesichts der aktuellen Hochwasserereignisse zu einer Neubewertung hinsichtlich der Kosten der Energiewende und des weiteren Ausbaus der klimaschonenden erneuerbaren Energien?
22. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welchen Zusammenhang sieht die Bundesregierung zwischen dem konstant hohen Flächenverbrauch und den Folgen von Hochwasserereignissen?

23. Abgeordnete
Bettina Herlitzius
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Reicht das 100-jährige Hochwasserereignis als Bemessungsgrundlage für vorbeugenden Hochwasserschutz aus, oder müssen auf Grund des Klimawandels die Richtlinien verändert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

24. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Welche Kosten sind dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) für die Entwicklung der „BMBF-App“ (<https://tunes.apple.com/de/app/bmbf/id544677411?mt=8>) entstanden, und aus welchem Haushaltstitel wurde die Entwicklung der „BMBF-App“ finanziert?
25. Abgeordneter
Michael Gerdes
(SPD)
- Welche Zielgruppen soll die „BMBF-App“ erreichen, die bisher nicht über die vielfältigen Angebote der BMBF-Öffentlichkeitsarbeit erreicht werden konnten, und wie viele Personen haben nach Kenntnis des BMBF die „BMBF-App“ bis heute heruntergeladen?
26. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Welchen informationellen Mehrwert über die Arbeit des BMBF erwartet das Bundesministerium durch das Veröffentlichen von Terminen der Parlamentarischen Staatssekretäre etwa zur „symbolischen Übergabe von Förderbescheiden“ im Rahmen der „BMBF-App“, und werden die im Deutschen Bundestag für den jeweils betroffenen Wahlkreis zuständigen Abgeordneten unabhängig von einer möglichen Nutzung der „BMBF-App“ über diese Termine vorab informiert?
27. Abgeordneter
Oliver Kaczmarek
(SPD)
- Welche verfassungsrechtlichen Voraussetzungen müssten nach Ansicht der Bundesregierung gegeben sein, um von Seiten des Bundes eine in Aussicht gestellte Ausstattung von Schulen mit Laptops und Tablet-PCs finanziell unterstützen zu können, und wäre eine solche Ausstattung in Form eines wie von der Fraktion der SPD vorgeschlagenen neuen Artikels 104c GG möglich?

28. Abgeordneter
**Willi
Brase
(SPD)**
- Ist die Aussage der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zum Stand der Bildungsforschung (Bundestagsdrucksache 17/7776) „Schulrelevante Fragestellungen wie auch der Einsatz von digitalen Medien im Unterricht liegen somit in der Zuständigkeit der Länder, Schulträger und Kommunen“ vereinbar mit möglichen Initiativen der Bundesregierung mit dem Ziel, etwa „Tablets“ für alle Schülerinnen und Schüler bereitzustellen oder aber Maßnahmen zu treffen, um „Lerninhalte digital zugänglich [zu] machen?“ (vgl. Rheinische Post vom 2. Juni 2013, „Wahlkampf: CDU will die digitale Schule“), und falls ja, welche diesbezüglichen Initiativen bereitet die Bundesregierung bereits vor?
29. Abgeordneter
**Willi
Brase
(SPD)**
- Umfasst die Aussage der Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD zum Stand der Bildungsforschung (Bundestagsdrucksache 17/7776) „Es wird darauf verwiesen, dass die Gestaltung der Rahmenbedingungen des Lehrerberufs (Arbeitsplatz, Arbeitszeiten, Arbeitsbelastung usw.) aufgrund der föderalen Zuständigkeiten in der Verantwortung der Länder liegt“ auch die Ausstattung der Fachräume in Schulen, und fallen Maßnahmen, die etwa zur besseren Ausstattung der Fachräume einen Abbau des „Sanierungsstaus“ an Schulen zum Ziel haben, in die Zuständigkeit des Bundes (vgl. Rheinische Post vom 2. Juni 2013, „Wahlkampf: CDU will die digitale Schule“)?
30. Abgeordneter
**Swen
Schulz
(Spandau)
(SPD)**
- Inwieweit konnten die in der Pressemitteilung des BMBF vom 3. März 2009 „Verfahren zur Hochschulzulassung wird entscheidend verbessert“ veröffentlichten – zwischen BMBF, Hochschulrektorenkonferenz und Kultusministerkonferenz vereinbarten – Eckpunkte zur Hochschulzulassung nach Einschätzung der Bundesregierung realisiert werden, und wie viele Studienplätze sollen im Rahmen des dialogorientierten Serviceverfahrens zum Wintersemester 2013/2014 vergeben werden?
31. Abgeordneter
**Swen
Schulz
(Spandau)
(SPD)**
- Welchen Fahrplan verfolgt die Bundesregierung bezüglich des weiteren Verfahrens zur Abschaffung des Kooperationsverbots, und mittels welcher Formulierung zur Änderung des Grundgesetzes plant das BMBF, dem von der Bundesministerin Prof. Dr. Johanna Wanka in einer Pressemitteilung des BMBF formulierten Ziel „hin zu einer besseren Bildungskooperation“ durch Änderung des Grund-

gesetzes Rechnung zu tragen (vgl. BMBF-Pressemitteilung vom 16. Mai 2013, „Wanka fordert Grundgesetzänderung“)?

32. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD)
- Ist es zutreffend, dass das BMBF gegenüber einer Journalistin, die einen Beitrag für die international renommierte Zeitschrift „Science“ vorbereitete, behauptet hat, dass die von der Bundesregierung vorgeschlagene Änderung des Grundgesetzes (Änderung des Artikels 91b GG, Abschaffung des „Kooperationsverbots“) bereits vom Deutschen Bundestag verabschiedet worden sei, und falls dies zutrifft, wie begründet die Bundesregierung diese Aussage (vgl. Science 2013, „In the Global Competition For Smart Minds, Germany Grows its Catch“ vom 22. März 2013)?
33. Abgeordnete
**Ulla
Burchardt**
(SPD)
- Kann die Bundesregierung den Mitgliedern des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung des Deutschen Bundestages eine Auflistung der Anfragen für den „nanoTruck“ für den Zeitraum Juni bis August 2013 mit Namen des Anfragenden bzw. der anfragenden Einrichtung sowie Eingangsdatum der Anfrage und – sofern eine entsprechende Information versandt wurde – den Originaltext von Informationsschreiben des BMBF an Mitglieder des Deutschen Bundestages, in denen über die Anforderungsmöglichkeit des „nanoTruck“ informiert wurde, zeitnah zur Verfügung stellen, und falls ja, wann wird das BMBF die entsprechenden Unterlagen bereitstellen?
34. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass das vom BMBF geförderte „Deutsche ITER-Industrie Forum e. V.“, dessen Vorstandsvorsitzender ein ehemaliges, langjähriges Mitglied der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, parlamentarische Frühstücke durchführt, zu denen lediglich die Mitglieder der beiden Regierungsfractionen (CDU/CSU und FDP) eingeladen werden, und unterstützt das BMBF eine solche, selektive Informationspolitik von vom BMBF geförderten Einrichtungen?
35. Abgeordneter
**René
Röspel**
(SPD)
- Ist das BMBF bereit, den Mitgliedern des Bundestages das von einem internationalen Gutachtergremium erstellte Gutachten zur Bewertung des Forschungskonzepts des „Berliner Instituts für Gesundheitsforschung“ im Originaltext zur Verfügung zu

- stellen, und falls nein, wie begründet die Bundesregierung, dass das BMBF einerseits eine Pressemitteilung herausgibt, in der es den Inhalt des Gutachtens bewertet (vgl. BMBF, „Gutachter loben Berliner Institut für Gesundheitsforschung (BIG)“, Pressemitteilung vom 7. Mai 2013), andererseits dem Deutschen Bundestag das Gutachten jedoch vorenthält?
36. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Gibt es nach Auffassung der Bundesregierung Gründe nach § 4 oder § 6 des Gesetzes zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes, die einem Zugänglichmachen des Gutachtens zur Bewertung des Forschungskonzepts des „Berliner Instituts für Gesundheitsforschung“ entgegenstehen würden, und falls ja, welche?
37. Abgeordnete
Marianne Schieder
(Schwandorf)
(SPD)
- Wie hoch liegt der Frauenanteil bei der Besetzung der „Nationalen Plattform Zukunftsstadt“, und warum ist es dem BMBF nicht gelungen, einen Anteil von 40 Prozent Frauen in dieses Gremium zu berufen (vgl. BMBF, „Konzepte für die ZukunftsWerkStadt“, www.bmbf.de/de/21394.php, Zugriff 3. Juni 2013)?
38. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele Studierende neben ihrem Studium einer Erwerbsarbeit nachgehen und wie viele Wochenarbeitsstunden sie arbeiten (bitte jeweils Anzahl und Anteil für Gesamtdeutschland, Sachsen sowie alte und neue Bundesländer nennen)?
39. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, wie viele Studierende es nicht schaffen, ihr Studium in Regelstudienzeit zu beenden (bitte Aufschlüsselung nach Studierenden insgesamt und BAföG-Empfängern), und wie viele Studierende als arm gelten (bitte jeweils Anzahl und Anteil für Gesamtdeutschland, Sachsen sowie alte und neue Bundesländer nennen)?
40. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Bei welchen einzelnen Veranstaltungen wurde das in der Liste der Zahlungen an externe Berater (Haushaltsausschussdrucksache 17(8)6030), die ansonsten im Wesentlichen Rechtsgutachten und IT-Beratungen umfasst, aufgeführte 2,63 Mio. Euro teure Vorhaben „Innovationsunterstützende Maßnahmen

für Elektroniksysteme, Elektromobilität (Innovum)“ unter Angabe der jeweiligen Teilnehmer- bzw. Besucherzahlen in 2012 und bisher in 2013 im Einzelnen in der Praxis angewandt, und welche spezifischen Kompetenzen, die im BMBF nicht vorhanden sind bzw. waren, wurden dafür – unter Angabe des aktuellen Leistungserbringers – extern als Beratungsleistung eingekauft?

41. Abgeordneter
Klaus Hagemann
(SPD)
- Welche Konsequenzen in Bezug auf Projektlaufzeit, Arbeits- und Zeitplan sowie Förderhöhe hat die Bundesregierung beim Vorhaben „r3 – Aufschluss, Trennung und Rückgewinnung von ressourcenrelevanten Metallen aus Rückständen thermischer Prozesse“ aus dem ersten Zwischenbericht über den Projektfortschritt – unter Angabe der jetzt in 2013 für dieses Vorhaben vorgesehenen Förderung – gezogen, und inwieweit trifft es zu, dass dabei aktuell – auch ohne den Bau einer neuen Versuchsanlage – bereits erste Proben aus älteren Anlagen wissenschaftlich untersucht werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

42. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Rechnet die Bundesregierung demnächst (bitte unter Angabe des Zeitraums) mit der Einleitung eines EU-Vertragsverletzungsverfahrens aufgrund der bisherigen Nichtmeldung des Effizienzziels im Rahmen der EU-Energieeffizienz-Richtlinie (siehe Antwort auf meine Mündliche Frage 30, Plenarprotokoll 17/239, Anlage 16), und wie ist der derzeitige Verhandlungsstand innerhalb der Bundesregierung bezüglich der Meldung eines Ziels an die Europäische Kommission?
43. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der inhaltliche bzw. konzeptionelle Sachstand bezüglich der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger, die vom Netzausbau betroffen sind und durch eine „Bürgerdividende“ am Gewinn durch den Leitungsausbau profitieren sollen, vor dem Hintergrund des Thesenpapiers vom September 2012 „Bürgerdividende Netzausbau“ vom Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Peter Altmaier, sowie der Antwort auf meine Mündliche Frage 35, Plenarprotokoll 17/218, Anlage 20, und welchen Zeitplan verfolgt die Bundesregierung hierbei zur Umsetzung?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

44. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Schließt die Bundesregierung aus, dass in US-Einrichtungen in Deutschland – etwa Ramstein Air Base, AFRICOM in Stuttgart – gezielte Tötungen mittels Drohnen insbesondere in Afrika (Somalia u. a.) geplant, durchgeführt, unterstützt werden, dass also die Antwort der Bundesregierung vom 27. März 2013 auf meine dahingehende Schriftliche Frage 9 auf Bundestagsdrucksache 17/12949 möglicherweise unzutreffend war, und was unternimmt die Bundesregierung nach den kürzlichen Berichten über solche Praktiken v. a. in ARD-Panorama und der „Süddeutsche Zeitung“ vom 30./31. Mai 2013, um die Begehung solcher schwerster Straftaten von Deutschland aus aktiv aufzuklären sowie für die Zukunft nachhaltig zu verhindern?
45. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche libyschen oder sonstigen zivilen oder militärischen Behörden werden in bilateralen polizeilichen Projekten oder im Rahmen der EUBAM-Mission von Maßnahmen der 20 dort eingesetzten deutschen Polizistinnen und Polizisten konkret adressiert (bitte für jede einzelne Maßnahme/Workshop/Training der Bundespolizei und, soweit der Bundesregierung bekannt, der beteiligten Länderpolizeien darstellen), und wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Zuständigkeit von Polizei und Militär für die Grenzüberwachung bzw. weitere Belange der inneren Sicherheit in Libyen derzeit geregelt (sofern in unterschiedlichen Provinzen zurzeit in unterschiedlicher Zuständigkeit, bitte jeweils einzeln darstellen)?
46. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Inwiefern sieht die Bundesregierung in der von Bürgerrechtsgruppen, Parteien, Gewerkschaften und Journalistinnen und Journalisten als Aufhebung des Demonstrationsrechts kritisierten Polizeistrategie bei der internationalen Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main nicht nur ein innenpolitisches, sondern ein europapolitisches Problem darin, dass keine Demonstration gegen die EU-Krisenpolitik vor der Europäischen Zentralbank möglich war, zumal sich die Bundeskanzlerin nach Ansicht des Fragestellers im Rahmen ihrer Richtlinienkompetenz oder als politische Privatperson dafür hätte einsetzen können, dass die gerichtlich bestätigte Demonstration garantiert und nicht verhindert wird, und wie beurteilt die Bundesregierung den „Frankfurter Kessel“ mit 900 teils brutalen Ingewahrsamnahmen hinsichtlich einer möglichen internationalen Wahrnehmung des damit in Deutschland beschädigten Versammlungsrechts vor dem Hintergrund, dass das

Auswärtige Amt, die EU-Außenbeauftragte und der US-Außenminister am gleichen Tag 900 Ingewahrsamnahmen in der Türkei kritisierten?

47. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Beeinflussung der türkischen Medien bzw. zur Zensur der türkischen Medien oder Kurznachrichtendienste wie Twitter durch die türkische Regierung angesichts des in der Türkei herrschenden „Ausnahmestands“ (Es ist Revolution, und die Reporter gehen weg, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 4. Juni 2013)?
48. Abgeordnete
Erika Steinbach
(CDU/CSU)
- Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die Anweisungen von Regierungsstellen bzw. amtlichen Stellen, mit Gewalt gegen die landesweiten Demonstrationen vorzugehen, die offenbar über 4 000 Verletzte und mindestens drei Tote nach sich gezogen haben (Demonstrationen forderten bereits drei Tote, in: DIE WELT vom 6. Juni 2013)?
49. Abgeordneter
Memet Kilic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung auf die türkische Regierung Einfluss ausgeübt bzw. gedenkt sie auszuüben, damit der brutalen Gewalt gegen die friedlichen Demonstrantinnen und Demonstranten ein Ende gesetzt wird und die Vorfälle rechtsstaatlich aufgeklärt werden?
50. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Trägt es zur Glaubwürdigkeit der kritischen Kommentierung der Bundesregierung zum Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Demonstrantinnen und Demonstranten in der Türkei und in der Vergangenheit zum Vorgehen russischer Sicherheitskräfte gegen Demonstrantinnen und Demonstranten bei, wenn deutsche Sicherheitskräfte in vergleichbarer Art und Weise in Frankfurt am Main gegen friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten vorgegangen sind?
51. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung bezüglich beispielsweise der Zusammenarbeit mit der Türkei (polizeiliche, justizielle und militärische) vor dem Hintergrund der staatlichen Gewalteskalation bzw. Polizeigewalt und -brutalität sowie massiven Verletzung der Menschenrechte gegen die Protestierenden in der Türkei, und inwieweit

teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass von einer Demokratisierung durch die EU-Beitrittsverhandlungen und durch die jüngsten Verfassungsreformen in der Türkei keine Rede sein kann, so dass diese bis zum Ende der undemokratischen Maßnahmen und politischen Verfolgungswelle ausgesetzt werden sollten?

52. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche der Auslandsschulen der Bundesrepublik Deutschland sind nicht barrierefrei, und welche Pläne hat die Bundesregierung, dafür zu sorgen, dass all diese Schulen barrierefrei werden und eine inklusive Bildung anbieten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

53. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Inwieweit stimmen die Informationen der Medien, dass der Neubau des Bundesministeriums des Innern „Nur bedingt fluchtbereit“ ist, da bei der Planung „seit Jahren Mängel beim Brandschutz und bei der Barrierefreiheit missachtet“ werden und „zwischenzeitlich war sogar die ‚Separierung‘ der Behinderten – der Begriff taucht wörtlich in den Planungsunterlagen auf – erwogen worden“ (siehe Berliner Morgenpost vom 3. Juni 2013, S. 3), und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus?
54. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass Mitglieder des Bundestages von den Blockupy-Protesten berichten, Polizisten hätten ihnen mit der Begründung, ihr Abgeordneten ausweis sei „gefälscht“, den Zutritt zu abgesperrten Bereichen verwehrt; Polizisten hätten in anderen Fällen einen solchen Zutritt erst gewährt, nachdem sie sich nach der Fraktions- bzw. Parteizugehörigkeit der Abgeordneten erkundigt hatten, und inwiefern hält es die Bundesregierung aufgrund solcher Berichte (und ähnlicher Berichte in der Vergangenheit) für geboten, die Länder aufzufordern, ihren Polizeibeamten den Umgang mit Abgeordneten sowie das Erkennen eines Abgeordneten ausweises zu vermitteln?

55. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
Haben Angehörige der Bundespolizei im originären Zuständigkeitsbereich oder unter Führung des Landes Hessen Reizmittel (Pfefferspray, Tränengas) gegen Personen im Bereich der Demonstrationsroute der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main eingesetzt, und wenn ja, wie schätzt die Bundesregierung die Verhältnismäßigkeit dieses Einsatzes mit Reizmitteln ein?
56. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)
Wie viele Personen sind durch den Einsatz von Reizmitteln durch die Bundespolizei verletzt worden, und welche Umstände erlauben es nach Auffassung der Bundesregierung der Polizei, Journalisten, die eine Demonstration bzw. einen damit in Zusammenhang stehenden Polizeieinsatz journalistisch begleiten, mit Reizmitteln anzugreifen?
57. Abgeordnete
Dr. Dagmar Enkelmann
(DIE LINKE.)
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus Medienberichten über die Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main, laut denen sich der Polizeieinsatz gegen eine friedliche Demonstration gerichtet hat, und erwägt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang, künftig die Bereitstellung von Einheiten der Bundespolizei zumindest für solche Bundesländer, aus denen gravierende Verstöße gegen Grundrechte berichtet werden, restriktiver zu handhaben und an Bedingungen zu knüpfen?
58. Abgeordneter
Matthias W. Birkwald
(DIE LINKE.)
Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass während der Blockupy-Proteste am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main mehreren hundert eingekesselten Demonstrantinnen und Demonstranten stundenlang durch die Bundes- und die Landespolizeien lebenswichtige Grundrechte, wie z. B. die Versorgung mit Trinkwasser oder der Zugriff auf Maßnahmen der Ersten Hilfe, verwehrt wurden?
59. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
Zu welchem Zeitpunkt und auf welche Weise sind die Bundespolizei oder andere Bundesbehörden in die Vorbereitung und Koordinierung des Polizeieinsatzes für die Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main einbezogen worden?

60. Abgeordnete
**Sabine
Leidig**
(DIE LINKE.) Inwiefern ist dabei erörtert worden, einen Teil der Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer einzukesseln?
61. Abgeordnete
**Christine
Buchholz**
(DIE LINKE.) Von wem wurde die Bundespolizei im Rahmen der Blockupy-Demonstration am 1. Juni 2013 in Frankfurt am Main angefordert (bitte mit Angabe des Datums), und welche Stellen innerhalb der Bundespolizei oder des Bundesinnenministeriums haben unabhängig von Polizeieinsatzleiter Harald Schneider vor dem Einsatzbefehl eine Lageeinschätzung vorgenommen?
62. Abgeordnete
**Christine
Buchholz**
(DIE LINKE.) Wie will die Bundesregierung künftig bei Protesten von bundesweiter Bedeutung sicherstellen, dass die Bundespolizei nicht zu Maßnahmen missbraucht wird, die das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit sowie die unbeschadete Teilnahme an Demonstrationen von Journalisten, Rechtsanwälten, Sanitätern und Demonstrationsbeobachtern missachten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

63. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechend der Forderung des Präsidenten des Bundesgerichtshofes, Prof. Dr. Klaus Tolksdorf (Leipziger Volkszeitung vom 12. April 2013, Sächsische Zeitung vom 12. April 2013), die Außenstelle des Bundesgerichtshofes Leipzig des 5. Strafsenats zu schließen?
64. Abgeordneter
**Manfred
Kolbe**
(CDU/CSU) Wie stellt sich die Umsetzung der Beschlüsse der Unabhängigen Föderalismuskommission der 12. Legislaturperiode von 1993 dar, dass neue Senate des Bundesgerichtshofes in Leipzig ihren Sitz nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

65. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche bundeseigenen Gesellschaften sind von den Offenlegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) (§§ 325 bis 329) befreit, und aus welchem Grund?*)
66. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Erachtet die Bundesregierung es zur finanziellen Unterstützung der Flutopfer als geboten, ähnlich wie für den Veranlagungszeitraum 2003 den Körperschaftsteuersatz um 1,5 Prozentpunkte zu erhöhen, und erachtet die Bundesregierung es als sinnvoll, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Spenden befristet zu verbessern, um einen zusätzlichen Spendenanreiz zur Unterstützung der Flutopfer zu bewirken?
67. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Existiert aufgrund EU-rechtlicher Vorgaben ein bestimmtes Datum, bis zu welchem das AIFM-Umsetzungs- und das AIFM-Steueranpassungsgesetz verkündet sein müssen, und welche Rechtsfolgen entstehen bei einer Überschreitung der Frist?
68. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, dass neben Gold auch andere Wirtschaftsgüter für die Ausnutzung des Progressionsvorbehalts bei Ankauf von Wirtschaftsgütern im Ausland (sog. Goldfinger-Modell) eingesetzt wurden, und inwieweit beurteilt die Bundesregierung die Verschiebung von Bemessungsgrundlagen zwischen Veranlagungszeiträumen unter Geltung einer Einnahme-Überschuss-Rechnung als Steuergestaltung?
69. Abgeordnete
Dr. Barbara Höll
(DIE LINKE.)
- Mit welchen finanziellen Mehrbelastungen (bitte differenziert nach Steuergläubiger angeben) ist zu rechnen, wenn das Kindergeld pro Kind im Monat um 35 Euro und zugleich die Freibeträge für Kinder nach § 32 Absatz 6 des Einkommensteuergesetzes für Zusammenveranlagte auf insgesamt 8 354 Euro angehoben werden, und sieht die Bundesregierung die gesetzgeberische Notwendigkeit, Kindergeld und Freibeträge für Kinder anzuheben?

*) Siehe auch Frage 92.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

70. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Bundes-Durchschnittskostensätze (B-DKS) für Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit seit 2011 entwickelt (bitte Durchschnittshöhe je Jahr in Euro differenziert nach Maßnahmeart darstellen)?
71. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)
- Warum hat die Bundesregierung bis heute keinen Gesetzentwurf zur Neufassung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) vorgelegt, obwohl im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012, Az.: 1 BvL 10/10 und 1 BvL 2/11, nachdem das derzeitige AsylbLG grundgesetzwidrig ist, explizit eine „unverzögliche“ Neuregelung gefordert wird, und ist die Bundesregierung der Auffassung, dass es den Vorgaben des genannten Verfassungsurteils entspricht, dass bis zum Ende der Legislaturperiode keine Neuregelung des AsylbLG beschlossen wird (bitte begründen)?
72. Abgeordnete
Gabriele Hiller-Ohm
(SPD)
- Wie ist der konkrete Stand der Ressortabstimmungen (bitte einschließlich der begründeten Positionen der verschiedenen Bundesministerien) des Referentenentwurfs des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales „Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes“, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Stellungnahmen der Verbände, Länder und Kommunen zum genannten Referentenentwurf, die zum 7. Januar 2013 angefordert wurden, sowie die in diesem Zusammenhang stehende Anhörung vom 10. Januar 2013?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

73. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gegenüber wem haben Landwirte, die Flächen in ethisch befriedeten Bezirken gepachtet haben, nach den Regelungen des neuen Bundesjagdgesetzes zukünftig Anspruch auf Ersatz von Wildschäden, und inwieweit unterscheiden sich diese Ansprüche in finanzieller Hinsicht gegenüber den Ansprüchen von Landpächtern, die Flächen in bejagten Gebieten gepachtet haben?

74. Abgeordnete
Cornelia Behm
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Aussagen enthält der bis zum Frühjahr 2013 vom Johann Heinrich von Thünen-Institut vorzulegende Zwischenbericht zur Studie über die Auswirkungen der Biogaserzeugung auf die Boden- und Pachtmärkte, die innersektoralen Wechselwirkungen sowie auf die Ernährungs- und Futtermittelindustrie hinsichtlich der Indikatoren, des zeitlichen Rahmens und der Strukturierung der Studie?
75. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die öffentlich gewordene Kritik (vgl. www.ndr.de/unternehmen/presse/pressemitteilungen/pressemeldungndr12373.html) des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar, an Artikel 1 Nummer 7 des Entwurfs des „Sechzehnten Gesetzes zur Änderung des Arzneimittelgesetzes“ bezüglich des in § 58f vorgesehenen Verbots der „Übermittlung, Nutzung oder Beschlagnahme“ von Daten, das datenschutzrechtlich nicht begründbar mehr Transparenz bei der Erfassung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung verhindere?
76. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen hinsichtlich des volkswirtschaftlichen Nutzens und der Legitimität einer weiteren öffentlichen Förderung der Agrogentechnik zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Ankündigung des Agrogentechnikkonzerns Monsanto, sich mangels öffentlicher Akzeptanz dieser Technologie in Deutschland und Europa zukünftig auf die Züchtung und den Verkauf von konventionellem Saatgut konzentrieren zu wollen, und welche Kenntnisse liegen der Bundesregierung darüber vor, inwieweit durch Monsanto gestellte Zulassungsanträge für den Anbau bzw. Import von gentechnisch veränderten Organismen in Bezug auf die EU bislang zurückgezogen wurden oder zurückgezogen werden sollen?
77. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse einer aktuell im Fachjournal „Environmental Sciences Europe“ veröffentlichten Studie (Hilbeck, Lebrecht et al.) u. a. von Wissenschaftlern der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich, wonach in Spanien und den USA, wo in erheblichem Umfang gentechnisch veränderter Mais angebaut wird, im Zeitraum 1995 bis 2011 keine höheren Maiserträge gegenüber EU-Ländern ohne Anbauflächen für GVO-Mais zu verzeichnen waren, gleichzeitig aber eine drastische Abnahme des Angebots an konventionellen Maissorten in Spanien erfolgte, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesre-

gierung daraus für ihre Einschätzung bezüglich des Beitrags der Agrogentechnik zur Steigerung von Erträgen sowie der Sicherung der Welternährung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

78. Abgeordneter
Dr. Tobias Lindner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kosten waren zum 3. März 2011 im Euro-Hawk-Programm bereits beglichen worden, und welche Zahlungsverpflichtungen standen zu diesem Zeitpunkt aus?
79. Abgeordneter
Dr. Tobias Lindner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Zu welchen Zeitpunkten hat das Bundesministerium der Verteidigung (BMVg) Zahlungen in welcher Höhe zur Begleichung von Forderungen im Zusammenhang mit dem Euro-Hawk-Programm geleistet?
80. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit erfolgte nach Amtsantritt von Dr. Thomas de Maizière als Bundesminister der Verteidigung eine umfassende Überprüfung von Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, und wie wurde der Sachstand des Vorhabens Euro Hawk nach dieser Überprüfung durch den Bundesverteidigungsminister bewertet?
81. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wer soll in die Task Force von Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière zur Erarbeitung von Vorschlägen bezüglich der Verbesserung der Berichtspflicht, der Fachaufsicht u. Ä. berufen werden, und bis wann soll ein Abschlussbericht vorgelegt werden?
82. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt es, dass die Justiziarin des Beschaffungsamtes der Bundeswehr ihre Unterschrift unter den Vertrag mit der EuroHawk GmbH verweigert hat, wie „DER SPIEGEL“ in seiner Ausgabe vom 3. Juni 2013 berichtet, und wenn ja, mit welcher Begründung?

83. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen ist es nach Auffassung der Bundesregierung möglich, dass der mit dem deutschen Modell baugleiche Euro Hawk in Italien zugelassen werden kann, wenn doch die zivile Zulassung für den Luftverkehr europaweit einheitlich geregelt ist?
84. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit kooperieren die Unternehmen IABG mbH und EADS bzw. deren Tochterunternehmen nach Kenntnis der Bundesregierung bei Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, und wie begründet das BMVg die Unabhängigkeit der Plausibilitätsprüfung und Bewertung der Aufwandseinschätzung durch die IABG für Qualifikation und Zulassung des Systems Euro Hawk?
85. Abgeordneter
Tom Koenigs
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was beinhalteten die Vorgaben des US Department of State, die zu einer Hinzufügung von Attachements zu dem Technical Assistance Agreement führten, und inwieweit wurde durch sie die Einsicht in erforderliche Dokumentationen beeinträchtigt?
86. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Waren die Zulassungsprobleme des Euro Hawk Bestandteil der Gespräche des Bundesministers der Verteidigung am 10. Dezember 2012 mit der Firma Cassidian, und ist es zutreffend, dass der Bundesverteidigungsminister vor dem 13. Mai 2013 nicht über die gravierenden Zulassungsprobleme informiert war?
87. Abgeordnete
Viola von Cramon-Taubadel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf Grundlage welcher konkreten Erkenntnisse über Handlungsprozesse im Bundesministerium der Verteidigung sprach Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière in der Sendung „Was nun?“ im ZDF am 5. Juni 2013 von „zu viel Interessensgemeinschaft zwischen denen, die etwas bestellen, und denen, die es liefern sollen“, und welche Konsequenzen plant der Bundesverteidigungsminister aus dieser Erkenntnis für die Organisation des Bundesministeriums zu ziehen?

88. Abgeordnete
**Agnes
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Stellen im BMVg wussten von den technischen Problemen bei der Überführung nach Manching im Juli 2011 (zweimal Kontaktverlust), und warum wurden die Führungsebene des Bundesverteidigungsministeriums und der Bundesverteidigungsminister nicht informiert?
89. Abgeordnete
**Agnes
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb konnte erst zwei Jahre nach der Überführung mit den Testflügen begonnen werden?
90. Abgeordneter
**Hans-Christian
Ströbele**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Angaben macht die Bundesregierung über die durchgeführten und noch anstehenden Tests im Luftraum des für die Drohne Euro Hawk vorgesehenen, doch auch anders fliegbaren Mobilfunk-„Aufklärungs“-Systems ISIS (bitte aufschlüsseln nach Datum, Ort, Umständen, Ergebnissen, Zahl der je aufgefangenen und ausgewerteten Handy-Verbindungen und betroffenen Nutzer, Datenweitergabe sowie -löschung), und ist die Bundesregierung bereit, mir den – vom Bundesminister der Verteidigung in seinem Sprechzettel vom 5. Juni 2013 vor dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages eingeräumten – Vermerk seines Hauses an ihn persönlich vom 20. März 2012 zugänglich zu machen sowie dessen Inhalt in ihrer Antwort öffentlich zu nennen, trotz dessen Tenor, wonach Tests sowie der Einsatz von ISIS das Fernmeldegeheimnis/„G10-Gesetz“ beeinträchtigt, jedoch der Bundesminister die bisher schon 360 Mio. Euro teure Entwicklung sowie Tests von ISIS nun immer noch fortsetzen lassen will?
91. Abgeordnete
**Sevim
Dağdelen**
(DIE LINKE.)
- Aus welchem Haushaltstitel stammten die 100 000 Euro Handgeld, die ein Angehöriger des Kommandos Spezialkräfte einem Bericht des „Schwarzwälder Boten“ zufolge erhalten hat, um „für KSK-Soldaten im westafrikanischen Mali im Jahr 2008 ein Trainingslager [zu] organisieren“, von denen er angeblich 39 700 Euro für eigene Zwecke abgezweigt hat (www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.calw-ksk-soldat-hat-geld-unterschlagen.bd907d43-7211-4a37-baa0-457140548c69.html), und welche Soldaten – aufgeschlüsselt nach Anzahl, Einheit und Herkunftsland – wurden vor Beginn der deutschen Beteiligung an der EU-Ausbildungsmission EUTM Mali durch Angehörige des Kommandos Spezialkräfte u. a. im Rahmen der Übungen Flintlock 2005, Flintlock 2008, Flintlock 2010 und

Flintlock 2011 in Mali aus- bzw. fortgebildet (vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Schriftliche Frage 48 auf Bundestagsdrucksache 17/13579)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

92. Abgeordneter
Dr. Anton Hofreiter
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Argumente sprechen für die Befreiung der DB ProjektBau GmbH von den Offenlegungsvorschriften des HGB (§§ 325 bis 329) für das Geschäftsjahr 2012 nach Maßgabe des § 264 Absatz 3 HGB, und in welchem Maße sollte aus Sicht der Bundesregierung Transparenz in diese bundeseigene Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn AG gewährleistet sein?*)
93. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Wechselkennzeichen sind im Zeitraum vom 1. Juli 2012 bis 31. März 2013 ausgegeben worden, und welchen Anteil an den neu bzw. umgemeldeten Fahrzeugen seit dem 1. Juli 2012 und am Bestand zum 31. März 2013 haben die Fahrzeuge, die mit Wechselkennzeichen zugelassen wurden?
94. Abgeordneter
Stephan Kühn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung von Wechselkennzeichen zum 1. Juli 2012 vor dem Hintergrund, dass bis Ende 2012 gerade einmal rund 1 000 Autofahrer davon Gebrauch gemacht haben und ganze 2 115 Wechselkennzeichen ausgegeben wurden (Quelle: www.handelsblatt.com/auto/nachrichten/nur-2115-kunden-wechselkennzeichen-sind-ein-megaflop/8140484.html)?
95. Abgeordnete
Rita Schwarzelühr-Sutter
(SPD)
- Erkennt die Bundesregierung die Notwendigkeit einer Überdeckung der Autobahn 98 im Abschnitt 98.5 an vor dem Hintergrund, dass mit dieser Maßnahme der Eingriff in eine Natur- und Erholungslandschaft und die Zerschneidung zweier Gemeinden verhindert werden könnte, sowie angesichts der Tatsache, dass es sich um eine Autobahn mit besonderem naturschutzfachlichem Planungs-

*) Siehe auch Frage 65.

auftrag (Ökostern) im Bundesverkehrswegeplan handelt, und unterstützt sie diese Maßnahmen beispielsweise finanziell (bitte ausführen)?

96. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der aktuellen Hochwasserkatastrophe für die so genannte Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) im Hinblick auf die beabsichtigte Schließung der Ämter Dresden und Lauenburg sowie der Direktion in Magdeburg, und inwieweit hält sie den geplanten Personalabbau um über 2 000 Stellen und insbesondere den Rückzug der WSV aus der Fläche unter den derzeitigen Umständen und im Hinblick auf zukünftiges Hochwasser für vernünftig?
97. Abgeordneter
Gustav Herzog
(SPD)
- Inwieweit hat die Bundesregierung die Notwendigkeit einer kompetenten und leistungsfähigen WSV im Fall von katastrophalen Hochwasserereignissen in ihren Kategorisierungskriterien für die Bundeswasserstraßen berücksichtigt, und ist der Bund in der Lage, seinen Eigentümerverpflichtungen auch an Bundeswasserstraßen mit wenigen Güterverkehren nachzukommen, wenn er dort, wie beabsichtigt, Ämter schließt und Personal abbaut?
98. Abgeordnete
Dr. Valerie Wilms
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird Deutschland am 12. Juni 2013 im Rahmen des sogenannten Trilogs weiterhin der irischen Präsidentschaft das Mandat für Verhandlungen zu einer Einigung über eine zukünftige Verordnung zum Schiffsrecycling verwehren, oder wird sich Deutschland konstruktiv auf der Seite der Mehrheit der EU-Mitgliedsländer für ein Zustandekommen einer zukünftigen Verordnung zum Schiffsrecycling einsetzen?
99. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Welche der drei in diesem Jahr eingebrachten Bundesratsinitiativen zur luftverkehrsrechtlichen Stärkung des Schutzes von Fluglärm betroffener Menschen (Bundesratsdrucksachen 90/13, 124/13, 138/13) ist nach Auffassung der Bundesregierung die zielführendste (bitte begründen), und werden im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung eigene Gesetzesinitiativen zur Verbesserung des Schutzes vor Fluglärm vorbereitet (bitte begründen)?

100. Abgeordneter
**Herbert
Behrens**
(DIE LINKE.)

Welchen Einfluss hat nach Ansicht der Bundesregierung das jüngst eingeleitete Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland wegen der Unterlassung einer Umweltverträglichkeitsprüfung der am Flughafen Berlin Brandenburg (BER) festgelegten Flugrouten auf das Flugroutensystem am BER, und wird die Bundesregierung vorsorglich die Umweltverträglichkeit der festgelegten Routen prüfen lassen (bitte begründen)?

